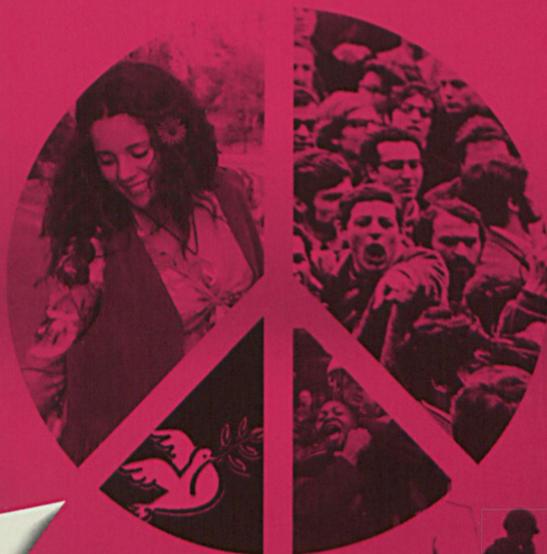


Neue Soziale

FORSCHUNGSJOURNAL

Bewegungen



mit Sonderteil
„20 Jahre
Forschungsjournal
Neue Soziale
Bewegungen“

1968 – ALLES NUR GESCHICHTE?

Aktualität und Folgen
eines bewegten Jahres

Heft 3 – September 2008 € 14,-

LUCIUS
LUCIUS



ZSN 85919

Narr, Wolf-Dieter (2008): ‚68‘: Protestierender Abglanz der Ordinarienuiversität – Konkrete Utopie demokratischer Universität. Bleibende Ambivalenzen. In: Forschungsjournal Neue Soziale Bewegungen 21 (3), S. 57–66.

Wolf-Dieter Narr

‚68‘: Protestierender Abglanz der Ordinarienuiversität – Konkrete Utopie demokratischer Universität. Bleibende Ambivalenzen

‚68‘ als Jahressymbol für ‚die Studentenbewegung‘ in der alten BRD ist auf vielfache Weise entsorgt. Korrekter wäre ohnehin von ‚67‘ zu reden. Der ‚Tropfen‘, der den Protestkrug zum Überlaufen brachte, bestand im polizeilich gezielten Schuss, der Benno Ohnesorg am 2. Juni 1967 tötete. Der internationale Charakter vielerlei und doch auch einerlei Studentenbewegungen von Berkeley bis Paris, ja Prag, verwandelte den französischen Mai 1968 bundesdeutsch. Die selbst- und vor allem fremdverschuldete Perversion dessen, was Studentenbewegung selbst- und fremdgenannt wurde, fand schon im Attentat auf Rudi Dutschke Ostern 1968 ihren ersten Ausdruck. Neben den Leben verändernden und verkürzenden Folgen für Dutschke als Person und politisch-auratische Gestalt ist auch Gustav Heinemanns Fernsehansprache erinnerenswert, des seinerzeitigen Justizministers der Großen Koalition. Dass drei Finger der Hand, die zeigefingerig geführt, auf andere wies, sich auf die anklagende Person selbst zurückbögen. Und in der Tat. Nicht der selbst beschädigte Bachmann war es, die etablierte Bundesrepublik war es, ihre studentisch gebeutelten Professoren waren es, die das ‚Ärgernis‘ aufmüpfiger und zuweilen über human nötige Stränge schlagender Studierender derart traktierten, dass der erneuernde Geist, studentisch mitverschuldet, sklerotisch wurde. Sogar tödlich. Von breit tolerierter Repression bis zu repressiver Toleranz reichte das Spektrum ungleich umfassenderer etablierter Reaktionen. Soweit ‚1968‘ missriet, war es vor allem die nachnationalsozialistisch missratene 2. Republik, ihr ‚Milieu‘ und ihre auf diverse ‚Wieders‘ fixierte Politik.

Ich schreibe nicht über den ‚Bewegungsschwall‘ 1967/68. Wie meist täuscht der bestimmte Artikel. Er verkürzt propagandistisch. *Die Studentenbewegung. Die 68iger.* Nomen est omen. Ich konzentriere mich auf einige wichtige Aspekte im Umkreis der *Studenten – Bewegung*. Sprich: ich spitze zu auf Universität und Wissenschaft in ihrer Einheit und Differenz von Lehren, Forschen und Lernen. Ich tue dies auf knappem Raum retrospektiv. Die heutigen Umstände und dynamisch bestimmenden Perversionen dessen kümmern mich, was man herkömmlich unter ‚Bildung und Wissenschaft‘ verstanden hat. Unbeschadet aller Umfunktionalierungen zuvor. (Das, was heute unter diesen Etiketten gehandelt wird, täuscht nur noch in seiner Differenz ums Ganze). Sie treiben mich um in ohnmächtigem Zorn. Der Zorn speist sich nicht aus den vielfachen Versagensgründen des raschen, schon 1969/1970 mitten in der Phase der sozialliberal verkündeten ‚Inneren Reformen‘ erfolgten Abbruchs des kaum begonnenen Aufbruchs von 1967/68. Mein nicht persönlich ausgerichteter Zorn gilt vielmehr dem, was heute als kapitalistisch-technologische ‚Gleichschaltung‘ bezeichnet werden kann, obwohl sie im Unterschied zur brutalen Herrschaft der Nationalsozialisten (siehe dazu jetzt auch Doris Kaufmann 2000) feinsinniger, sublimer und sozial aspetischer abläuft, dennoch aber kulturell und sozial ebenfalls massiv zerstörerische Folgen hat.

Letztlich auf die Person, den *homo pro se* bezogene Vernunft- und Wahrheitsorientierung – als ‚Ausgang aus der selbstverschuldeten Unmündigkeit‘ – wird im Pauschalbegriff der einbahnstraßeigen ‚Innovation‘ nur verdreht und

verkehrt aufgehoben (s. zum ersten Satzteil Kant 1798, in: Weischedel 1964). Meine Ohnmacht, nicht von Interesse als subjektive Eigenschaft, erwächst aus den längst allen soziopolitischen Zugriffen entwundenen dynamischen verdinglichten Großfaktoren. Sie machen das aus, was man – in sich ungemein zerklüftet – Globalisierung nennt. Wie waren die erneuerungswilligen studentischen Gruppen seinerzeit unzulässig, wengleich des Öfteren erfrischend naiv. Was Wunder, dass sie und ihre intellektuellen Begleiter Theodor W. Adornos ‚Negative Dialektik‘ schlechterdings nicht in ihrer kategorisch-praktischen Grenze als *Kritik* verstehen wollten (Adorno 1966; vgl. Agnoli 1969/1998).

1 Herrschende Wissenschaft als Herrschaftswissenschaft

Der Kürze halber werfe ich mit Hilfe zweier Autoren nur einige Schlaglichter. Sie mögen auf umfänglichere Zusammenhänge aufmerken lassen, ohne diese auch nur anfänglich zu ergründen: auf die ‚Wissens‘- und ‚Informationsgesellschaft‘ bar allen urteilsfundierte Zusammenhangswissens, bar aller materiell menschenrechtlich valide interpretierbarer, also verstandener Informationen. Sie weisen darauf hin, was mitten im konkurrenzschaffen Globus genauer zu begründen wäre. Wie sich die ‚Dialektik der Aufklärung‘, wie sich Träume und Albträume der Vernunft mitten in einem Kernbereich ihrer ‚Rationalität‘, der modernen Wissenschaft seit Bacon und Descartes, zur schmalen, aber enorm dynamischen und ums ‚Dia-‘ verkürzten ‚Lektik‘ verschlankt haben (vgl. schon Max Webers Vorrede zum 1. Band seiner religionssoziologischen Schriften und seinen Vortrag ‚Wissenschaft als Beruf‘ von 1917; Weber 1992).

a) Ob man Edmund Husserl philosophisch folgen mag oder nicht, unverändert an- und aufregend bleibt sein 1935 gehaltener Vortrag: ‚Die Krisis der europäischen Wissenschaften und die

transzendente Phänomenologie‘ (Husserl 1982). Dort heißt es unter anderem:

„Der positivistische Begriff der Wissenschaft in unserer Zeit ist also – historisch betrachtet – ein *Restbegriff*. Er hat alle die Fragen fallen gelassen, die man in die bald engeren, bald weiteren Begriffe von Metaphysik einbezogen hatte, darunter alle die unklar sogenannten ‚höchsten und letzten Fragen‘. Genau besehen haben sie, und alle zum Ausschluss gekommenen überhaupt, ihre unabtrennbare Einheit darin, dass sie, sei es ausdrücklich, sei es in ihrem Sinne impliziert, die *Probleme der Vernunft* – der Vernunft in allen ihren Sondergestalten – enthalten“ (ebd.: 8f.). Und weiter:

„In der geometrischen und naturwissenschaftlichen Mathematisierung messen wir so der Lebenswelt – der in unserem konkreten Welt-erleben uns ständig als wirklich gegebenen Welt – in der offenen Unendlichkeit möglicher Erfahrungen ein wohlpassendes *Ideenkleid* an, das der sogenannten objektivwissenschaftlichen Wahrheiten, d.i. wir konstruieren in einer (wie wir hoffen) wirklich und bis ins einzelne durchzuführenden und sich ständig bewährenden Methode zunächst bestimmte Zahlen-Indizierungen für die wirklichen und möglichen sinnlichen Füllen der konkret anschaulichen Gestalten der Lebenswelt, und eben damit gewinnen wir Möglichkeiten der Voraussicht der konkreten, noch nicht oder nicht mehr als wirklich gegebenen, und zwar der lebensweltlich-anschaulichen Welt-geschehnisse: einer Voraussicht, welche die Leistungen der alltäglichen Voraussicht unendlich übersteigt. (...) die *Ideenverkleidung* macht es, dass der *eigentliche Sinn der Methode, der Formeln, der ‚Theorien‘* unverständlich blieb und bei der naiven Entstehung der Methode *niemals* verstanden wurde“ (ebd.: 55f.).

b) Rührt Husserl an fundamentale Probleme moderner Wissenschaft zu Zeiten ihrer technologischen Reproduzierbarkeit und präventiven Produktion – sie erwachsen gerade daraus, erkenntnistheoretische Probleme, Ambivalenzen

(Bauman 2002) und Aporien nicht mehr zu erwägen –, so führt uns Konrad Paul Liessmann mitten in heutige Bildungspraktiken. Diskussionen werden allenfalls im ‚uneigentlichen‘ Sinne geführt. Sie werden als ‚Zielvereinbarungen‘, also als vorweggenommene Produkte mit entsprechend ‚effizient‘ auszubehenden Mitteln, im Konsens der Leitenden ‚von oben‘ durchgesetzt: beispielsweise zwischen fiskalisch und positionell auf sogenannte ‚Exzellenz‘ eingeschworenen Universitätspräsidenten und den Kultus- und Finanzministern. „Was die Bildungsreformer aller Richtungen eint, ist ihr Hass auf die traditionelle Idee von Bildung. Dass Menschen ein zweckfreies, zusammenhängendes, inhaltlich an Traditionen der großen Kulturen ausgerichtetes Wissen aufweisen könnten, das sie nicht nur befähigt, einen Charakter zu bilden, sondern ihnen auch ein Moment der Freiheit gegenüber den Diktaten des Zeitgeistes gewährt, ist ihnen offenbar ein Greuel. Gebildete nämlich wären alles andere als jene reibungslos funktionierenden flexiblen, mobilen und teamfähigen Klons, die manche gerne als Resultat von Bildung sähen“ (Liessmann 2006: 52f.).

2 Die 1945 restaurierte Ordinarienuiversität

Die ‚Vergangenheitspolitik‘ (Frey 1995) der Universitäten war 1945 antireflexiv noch stärker vom Glück der wiedergewonnenen ‚Unschuld‘ bestimmt, als das für die deutschen Gesellschaften der ersten Nachkriegszeit (1945-1949) allgemein zutrifft. Dazu bedurfte es des gesamten Rationalisierungsvermögens im Freudschen Sinne. Zu ihm trägt universitäre Bildung in besonderem Maße bei. Sie ist nur in wenigen Lichtflecken als ‚institutionalisierte Dauerreflexion‘ (Schelsky 1963) je gelungen. ‚Die Universität ist im Kern gesund‘, so lautete eine Formel des preußischen Kultusministers C.H. Becker während der Weimarer Republik. Sie wurde 1948 von einem hehren Gremium ‚im Reich‘ verbliebener deutscher

Professoren ungeheuerlich wiederholt (Blaues Gutachten, vgl. Schelsky 1963: 244ff.). Die Versäumnisse gründlicher Reformen schon während der Weimarer Zeit wurden selbstschützerisch fortgesetzt. Die Universitäten, weit über den ‚Fakultätenstreit‘ hinaus (Kant 1789 in: Weischedel 1964) längst in ‚Multiversities‘ einer Fülle heteronomer Disziplinen zergliedert, wurden durch drei schwer vereinbare Formprinzipien zusammengehalten:

(1) Dem Hauptelement der ‚Ordinarien‘-Universität, einer heterogenen Einheit staatlich finanzierter Institutsherrn mit einem kaum nennenswerten Anteil von Frauen. Auf dem Unterbau personaler Herrschaft funktionierte das universitäre Nest der Zaunkönige nach dem Krähenprinzip: ‚Eine Krähe hackt der anderen kein Auge aus‘. Genannt wurde es ‚Autonomie‘.

(2) Einer staatlichen Bürokratie, die für die gesamte Finanzierung, auch für die Berufung der Professoren zuständig war (Humboldts folgenreiche Voraussetzung eines ‚Kulturstaates‘ erwies sich insbesondere 1933 bis 1945 als verhängnisvolle Täuschung). Die staatliche Behörde intervenierte je nach dem Gewicht der staatlich beamteten Ordinarien und der Stärke ihrer seltsam feudal-absolutistischen Standesautonomie in nahezu alle Bereiche. Spezialistische Forschungen gewannen erst allmählich an staatlicher, zuerst militärischer (beispielsweise im 1. Weltkrieg) und ökonomischer Bedeutung. Die staatliche Definition von Lehre und Prüfungen war vor allem für spätere Staatsbedienstete wichtig, Juristen an erster Stelle. Dennoch blieben lange Zeit eine Fülle individuell und kollektiv ausfüllbarer Manövierräume der Professoren.

(3) Seit Beginn des 20. Jahrhunderts gewann das 3. Formprinzip an Bedeutung: ausgelagerte, weithin staatsfinanzierte (Groß-)Forschung. Zuerst im Rahmen der Kaiser-Wilhelmsgesellschaft fand sie ihren nahezu exklusiven naturwissenschaftlich-medizinischen Platz.

Unbeschadet der mehr und mehr dissoziierenden Ausdifferenzierung zwischen den Fä-

chern und innerhalb derselben blieben die Reklameschilder der ‚Einheit von Forschung und Lehre‘, der Universität als ‚universitas literarum‘, der ‚Interdisziplinarität‘ als eines wirksamen Vorgangs erhalten. Im Allgemeinen und im Besonderen gilt für die Jahre 1945 bis 1967 Klaus Heinrichs 1967 gezogenes Resümee: „Das Unvermögen unserer Universitäten, sich zu ändern, ist das gleiche Unvermögen, das sie 1933 nicht widerstehen ließ“ (Heinrich 1967: 102). Mitläufer und wenigstens intellektuelle Mittäter bestimmten die *Wiedergründung* der Universitäten. Der Strom der Entlastungszeugnisse floss breit. Das autoritär antikommunistisch gebackene Brot der frühen bundesrepublikanischen Jahre konnte akademisch kräftig mitgemahlen und mitgekaut werden. Dem Anfang wohnte nur ein verstockter Zauber inne. Alle großen Fragen der Zeit, und sei es nur, soweit sie sich unvermeidlich in den Universitäten spiegelten, wurden im kaum unterbrochenen Lob professoraler Routine ‚ordiniert‘. Just die weltpolitisch begünstigten ‚Triebkräfte des deutschen Wiederaufstiegs‘ (Henry C. Wallich 1955) sorgten qua ökonomischer Expansion und ihrer sozialen Effekte dafür, dass die universitär nicht geänderten Formen zu bersten drohten. 1959 wurde darum der ‚Wissenschaftsrat‘ gegründet. Der ‚unerhörte‘ Typus des ‚Parallelordinarius‘ wurde installiert. Allein schon aus Gründen der enormen Zunahme an Studenten, endlich auch Studentinnen, war der stolze Gehrock deutscher Ordinarien samt seinen Umgangsformen, seinem eingenähten Lehrhabitus nicht mehr tragsam. Das Pisa- und Bologna-Geschrei unserer Tage mit seinen fordernden Warnrufen vorbestehenden deutschen Untergangs im Konkurrenzkampf der am meisten mobilen, flexiblen, kreativ verwertbare Innovationen erzeugenden ‚Nationen‘ wurde seinerzeit vom Heidelberger Philosophen Georg Picht ausgestoßen: ‚Die deutsche Bildungskatastrophe‘ (Picht 1963). Er traf angesichts des anhaltenden ‚Sputnikschocks‘ auf offene Ohren und agile Hände.

Die Dämmerung der Ordinarienuniversität verdichtete sich. Dieser Typus der Universität hat sich zu Unrecht mit den Federn Wilhelm von Humboldts und seiner praktikablen ‚Idee‘ der Universität legitimiert. ‚Humboldt‘ war längst zum auratischen Standbild geworden. ‚1968‘ kann daher als letzter Neubelebungsversuch seiner Universitätsidee gegen die ‚verrotteten‘ Privilegien des professoralen Standes verstanden werden.

3 Die Studenten vor den Türen, schlimmer, in den Türen!

Wie gewöhnlich entstand ‚die‘ Studentenbewegung nicht in einem Hohlraum. Sie konzentrierte sich vor allem an der Johann Wolfgang Goethe-Universität Frankfurt und der Freien Universität Berlin. Die wachsende Zahl der Studierenden war in den alten Formen der Lehre nicht mehr zu bewältigen. Die Mixtur aus akademischer Selbstverwaltung und Kultusbürokratie schuf eine blockierte Universität. In studentische Belange und Aktivitäten wurde professoral und rektoral autoritär eingegriffen. Das ist an der Geschichte der FU Berlin leicht nachzuvollziehen (vgl. Dokumentation FU Berlin 1973). Hinzu kamen veränderte gesellschaftliche Erwartungen an die Universitäten. Die quantitativ und qualitativ heteronomen Faktoren und die mit ihnen verbundenen Interessen hatten einen solchen Reformstau bewirkt, dass selbst inneruniversitär der Dambruch bevorstand. Um die Fülle der Faktoren und Aspekte anzudeuten, die den langen Sommer der Bewegung in Gang setzten, nütze ich den darstellerischen Kunstgriff, einige Leitworte der Studentenbewegung kurz Revue passieren zu lassen. Die nicht universitätsbedingten, aber selbstredend auch inneruniversitär bedeutsamen Faktoren spare ich um Willen der Knappheit des Raums und der Vordringlichkeit des universitären Faktors aus, der in den 2008 ‚geschossenen‘ ‚68er‘-Zerrbildern allzu sehr unterbelichtet wird.

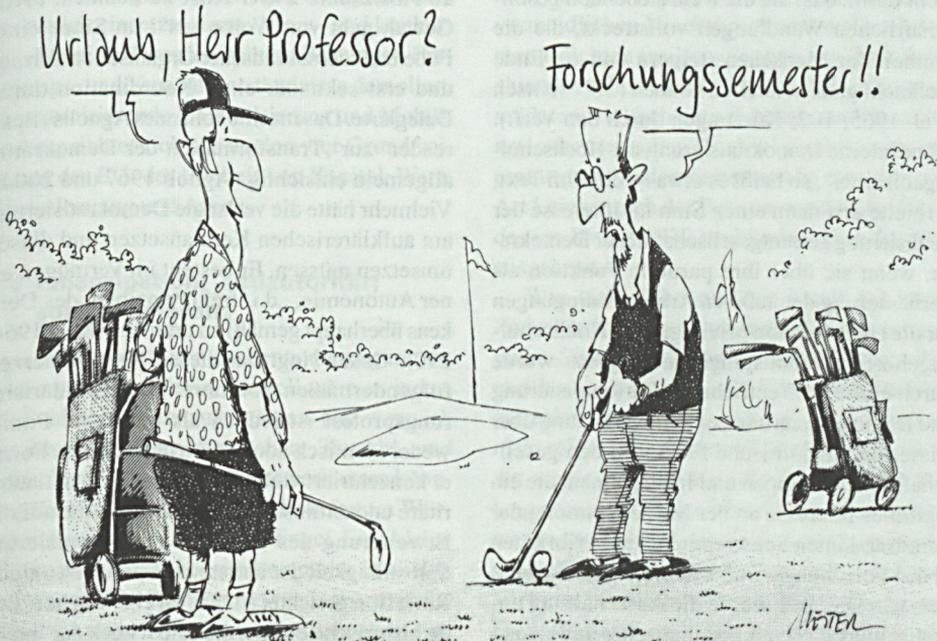
4 Das Wörterbuch der Bewegung

4.1 Demokratisierung

An erster Stelle steht die Demokratisierung des Bildungssystems allgemein, der Universitäten im Besonderen. Kaum ein Leitwort kennzeichnet den seinerzeitigen (und heutigen) Zustand so sehr wie diese selbstverständliche Absicht. Selbstverständlich sowohl, wenn man Humboldts Bildungsbegriff folgt als auch, wenn man Humboldts Idee zeitgemäß im Kontext der demokratisch grundrechtlichen Verfassung der Bonner (später Berliner) Republik betrachtet. Zu Zeiten des ,CDU-Staats' (Narr 2008) und der Ordinarieniuniversität musste die Demokratisierungsdevise den ,Privilegienrittern' jedoch wie ein einziger Affront erscheinen. Nicht zufällig haben sich beim ersten Schreck sprachlose Hochschullehrer, die sich inneruniversitär nie hatten legitimieren müssen, in Westberlin in einer ,Notgemeinschaft' zusammen-

geschlossen. Bundesdeutsch avancierte sie als ,Bund der Freiheit der Wissenschaft' zu einem der einflussreichsten Lobbyorgane der späten 1960er- und der 1970er Jahre. Bis heute trifft man auf Kollegen, die ob der drohenden demokratischen Unbill im Sinne einer ,Angst vor dem Chaos' reagier(t)en, obgleich das demokratische Unwetter nach kurzem Wolkenbruch doch längst verzogen ist. Nicht einmal nachhallendes Donnerrollen ist noch zu vernennen.

Studierende hatten die Demokratisierung der Universitäten früh, freilich jahrelang fast ohne Resonanz wohl begründet – so schon 1961 im legendären, 1965 neu veröffentlichten SDS-Gutachten zur ,Hochschule in der Demokratie': „Folgt man dem Anspruch auf Demokratie, der sich nicht mit der gängigen Reduktion des Begriffs auf die politische Methode und Apparatur formaler Majoritätsentscheidungen und periodischer Ämterrotation begnügt, sondern die *gesellschaftlichen Voraussetzungen* rationaler po-



litischer Willensbildung im Medium freier öffentlicher Diskussion und Information reflektiert, dann geht es auch bei der beanspruchten Demokratisierung der sozialen Organisation von Hochschulen um die ‚Minimierung von Herrschaft‘. Im Zeichen des Kampfes um die Befriedigung wesentlicher menschlicher Bedürfnisse mit unzureichenden Mitteln und angesichts der fixierten Verfügungsmacht privilegierter und ‚privater‘ Herrschaftsgruppen über den größeren Teil gesellschaftlichen Reichtums bildeten sich seit jeher antagonistisch verschärfte Interessenkonflikte. Diese Gegensätze verhindern noch jenen in den Verfassungsurkunden und in der Staatsbürgerkunde der rechtsstaatlich-parlamentarischen Demokratien bereits als wirklich vorausgesetzten rationalen Konsens nach Maßgabe eines erkannten allgemeinen Interesses mündiger Menschen; (...) Demokratie aber ist – wie F. Neumann es auf einen Nenner zu bringen versuchte –, nicht eine Staatsform wie irgend eine andere; ihr Wesen besteht vielmehr darin, dass sie die weitreichenden gesellschaftlichen Wandlungen vollstreckt, die die Freiheit des Menschen steigern und am Ende vielleicht ganz herstellen können (...)“ (Nitsch et al. 1965: 102; Kürzungen durch den Verf.). „Eine interne Demokratisierung der Hochschulorganisation“, so heißt es etwas weiter im Text, „erhielte erst dann einen Sinn im Interesse der Realisierung gesamtgesellschaftlicher Demokratie, wenn sie über ihre partielle Funktion als Verbesserung der äußeren Arbeitsbedingungen für die an sich schon privilegierten Hochschulangehörigen hinausginge und ergänzt würde durch eine Veröffentlichung, Rationalisierung und Demokratisierung der Willensbildung über wissenschaftspolitische Fragen in den gesellschaftlichen Gruppen und Institutionen, die ein legitimes Interesse an der Mitbestimmung der grundsätzlichen Schwerpunkte und Prioritäten in den Forschungs- und Bildungsbereichen haben. (...) Das aber würde die Ausschaltung unkontrollierter privatkapitalistischer und staats-

bürokratischer Einflüsse auf diese Prioritäten in Forschung und Ausbildung voraussetzen“ (ebd.: 111f.).

Diese braven Formulierungen tragen – metaphorisch gesprochen – alle noch eine Krawatte, die unter sich Sitzenden Studierenden seinerzeit weithin üblich gewesen ist. Jenseits ihrer inneruniversitären Umsetzung, die das Ende der Ordinarienuniversität bedeutete, lassen sie erkennen, warum just im Zeichen von ‚Mehr-Demokratie-wagen‘, dem Willy-Brandtschen Motto der sozialliberalen Koalition, der ‚Bund der Freiheit der Wissenschaft‘ (‚Buf‘) mit seinen wundersamen Zugängen zu den Machthabern nahezu alle herrschenden ‚Kulturträger‘ wider die demokratisch bewegten Studierenden vereint hat. Die studentenbewegte Demokratisierung erforderte nicht allein, die mürben Mauern der Ordinarienuniversität zu schleifen. Sie erforderte auch nicht nur – und schon das wäre mehr als genug gewesen –, Artikel 20 Abs.2 Satz 1 GG zuungunsten von Art. 20 Abs.2 Satz 2 GG ernst zu nehmen. „Alle Gewalt geht vom Volke aus“: im Sinne einer Fülle basisdemokratischer Organisationsformen und erst sekundär einer Koordination durch Delegierte. Das machte Johannes Agnoli ‚Bestreader‘ zur ‚Transformation der Demokratie‘ allgemein einsichtig (Agnoli 1967 und 2004). Vielmehr hätte die verlangte Demokratisierung am aufklärerischen Kern ansetzen und diesen umsetzen müssen. Er besteht im Vermögen einer Autonomie, „d.i. frei (Prinzipien des Denkens überhaupt gemäß) zu urteilen“ (Kant 1964: 290). Oskar Negt hat diesen Kern seinerzeit folgendermaßen pointiert: „Der Solidarisierungsprotest ist jedoch als politische Praxis weder identisch noch deren herrschende Form; er konzentriert vielmehr eine im Kern antiautoritäre und antiinstitutionelle Politik, die auf die Erweiterung des Bereichs der organisierten Selbsttätigkeit der autonomen, politisch tätigen Reflexion gerichtet ist. Als im eigentlichen Sinne historische Praxis, die selbst noch zur Inten-

sivierung der aktuellen Lernsituation beiträgt, erstrebt sie die Vergrößerung des demokratischen Verhaltenspotentials in der Absicht, in allen gesellschaftlichen Institutionen die autoritären und faschistischen Lösungsmöglichkeiten der Krisen des kapitalistischen Systems praktisch einzuschränken“ (Negt 1968: 40; vgl. auch ebd. 135ff.). Eine aus dem person- und vernunftorientierten Autonomieverständnis hergeleitete, konsequentere Demokratisierung hätte jedoch die bildungsökonomisch motivierte ‚Modernisierung‘ der Universitäten verhindert, wie sie seit der Großen Koalition (1966-1969) auf der Tagesordnung stand: Die vom bildungsökonomischen ‚Enthusiasmus‘ der 1960er Jahre und seinem ‚manpower approach‘ getriebene Funktionalisierung des Bildungssystems für die Zwecke des seinerzeit noch expansiv vorgestellten Arbeitsmarktes. Die an der ökonomischen Wachstums-, ‚Theorie‘ orientierte Bildungsökonomie endete übrigens Mitte der 1970er Jahre dort, wo sie unter europäisch akzentuiertem Globalisierungszeichen in den 1990er Jahren verschärft einsetzte. Innovations- und konkurrenzfunktional werden frühere Bildungs-, Forschungs- und Vernunftverständnisse demoliert. Die atomisierende Flexibilisierung und Mobilisierung richtet sich aus an den vier Grundfreiheiten der EU: der Freiheit von Kapital, Ware, Dienstleistung und Arbeit.

4.2 Emanzipation; antiautoritär; soziale Relevanz

Das Wörterbuch der Studentenbewegung ist umfangreicher. Wenig sinnvoll wäre es indes, die Schlüsselwörter aufzuzählen. Nur wenn ich sie jeweils in ihren modischen ‚Tausch- und kritischen ‚Gebrauchs‘-Werten erläutern könnte, gäbe ein sozialgeschichtlich verfasstes Wörterbuch mehr her als Wortgeklingel. Eine kleine Illustration: wohl begründet spielte in vielen reformerischen Studenten- und Assistentenzirkeln die Anlage der Lehr- und Lernsituation eine

beträchtliche Rolle. Dass an den Universitäten gelehrt und gelernt wurde, ohne die überkommenen Lehr- und Lernformen zu testen oder den lehrenden Prätendenten Lehrlernen abzuverlangen, wurde wohlbegründet kritisiert. Bis heute hat sich faktisch nichts verändert. Lehrende an den Universitäten werden als große Erzieher geboren. ‚Motivation‘ und je spezifische Fachdidaktiken wurden deshalb zu Schlüsselwörtern und -techniken. Curriculare Diskussionen und ihre Verbalisierung raubten Tage und Nächte. Die didaktischen Mühlen klappten am geschwätzig rauschenden Bach, formarme Stoff- und Sinnhubereien lähmten. Nötige Didaktik verkümmerte zu rituellen Formeln. Diese Beobachtung trifft auch für die Debatte um Sinn und Form der Demokratisierung zu. Früh kam die Gefahr einer Art ‚Gefäßschwielien‘-Mitbestimmung im Blockade-Monstrum der ‚Gruppenuniversität‘ auf. Wer es am längsten wie in unregelter, kriterienloser ‚herrschaftsfreier Kommunikation‘ aushält, ‚siegt‘. Abgesehen von vermeidlich-unvermeidlichen Kinderkrankheiten aller Reformen drückten freilich die meisten Veräußerlichungen schon eine späte Phase der längst ermüdeten, vielfach unterdrückten und durch die antireformerischen Hochschulrahmengesetze ermatteten Studentenbewegung aus. Als eine Art Leichentuch der Reform wurde schließlich das im Januar 1972 verkündete Berufsverbot ausgebreitet.

Wie viele Fahnenwörter besaß die in der Zwischenüberschrift genannte Worttrias einen guten Sinn. Wozu könnte Ausbildung anders und besser beitragen, als Kants Aufklärungsziel nahezukommen: dem Ausgang aus der meist nicht selbst verschuldeten Unmündigkeit. Mündig werden lautete also die Devise. Der oben lang genannte Sommer der Studentenbewegung war jedoch viel zu kurz. Der ihr kaum entgegenkommende politische Kontext und dessen Vertreter waren zu stark, als dass emanzipative Prozesse hätten in Inhalt und Form neu insze-

niert werden können, auch wenn von wenigen punktuellen Ausnahmen wie Wolfgang Nitschs ‚Kritischer Universität‘ nicht abgesehen werden soll. Darum wurde Emanzipation kaum praktisch erprobt. Sie wurde stattdessen zur anspruchsvollen und zugleich anspruchleeren Wortmünze. Hätte die von der Studentenbewegung mit angeschobene, ihr in der BRD aber erst auf dem Fuß folgende Frauenbewegung den Begriff der Emanzipation nicht neu gefüllt und zeitweise mehr als klapperig verwandt, man hätte ihn schon Mitte der 1970er Jahre nicht mehr hören können.

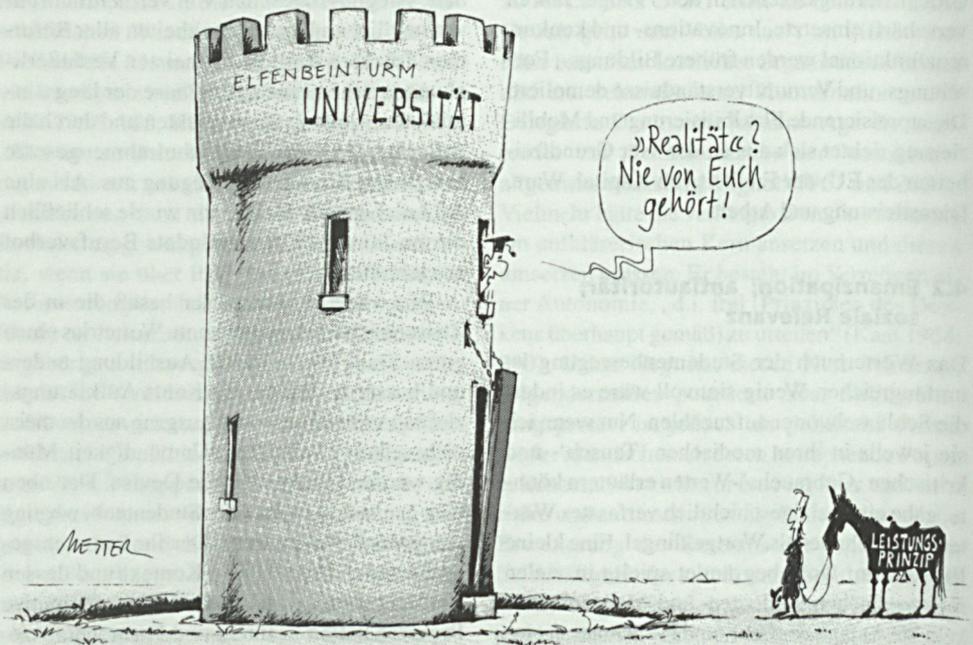
Im Ruf ‚Soziale Relevanz!‘ steckte jedoch ein ernst zu nehmender, nicht zuletzt forschungspolitischer Kern. Er könnte gut illustriert werden an der Auseinandersetzung über einen Lehrstuhl zur ‚sozialen Medizin‘ an der FU Berlin. Sie endete Anfang der 1970er Jahre negativ. Auch in Sachen des heute mehr denn je wichtigen Kriteriums ‚soziale Relevanz‘ blieb nicht die Zeit, es kriteriengenau zu differenzie-

ren und zugleich mit angemessenen Verfahren zu versehen. Genau dies bedürfte es aber, um mit ihm in Richtung überfälliger ‚science assessments‘, nämlich universitätsöffentlicher Diskussion aller Forschungsprojekte über Schaevaluations und ‚peer reviews‘ hinaus, heute etwas anzufangen.

5 Mehr Lücke als Summe

1. Betrachtet man ‚die‘ Studentenbewegung, die viele Universitäten nur anritzte, nicht durchdrang, zeichnete sie sich nicht durch ein Zuviel an Infragestellung der herkömmlichen deutschen Universität mit dem Schanamen Humboldt aus. Die inneruniversitäre Vorbereitung und vor allem die Dauer der Studentenbewegung waren viel zu kurz. Ein differenzierter Gesamtentwurf einer Universität in demokratischer Absicht war so nicht möglich.

2. Die gesamtgesellschaftlichen Bedingungen des Kontextes der Studentenbewegung



zeichnen sich durch ungleich mehr Schatten als Licht aus. ‚Lichtvoll‘ war rundum die ökonomisch-berufliche Situation, die die Studierenden erwartete – dieser Umstand ist eine der nicht zu unterschätzenden Ursachen studentisch verbreiteten Selbstbewusstseins und unängstlicher Kritik. So restriktiv und repressiv viele der institutionalisierten Erscheinungsformen des aushauchenden ‚CDU-Staats‘ mitten im Kalten Krieg waren, so sehr verstand sich seinerzeit geradezu von selbst, dass jedes Jahr die Chancen ausgebildeter junger Leute zunahmen. Von ‚Vollbeschäftigung‘ konnte realistisch geredet werden. Bildungswerbung und Bildungsexpansion waren sinnvoll. ‚Bildung ist Bürgerrecht‘ (Ralf Dahrendorf) wurde zum Fahnenwort mit samt dem Bestreben, die ‚Chancenungleichheit‘ zu beheben. Die Annahme hatte gute Argumente und ihr folgende Praktiken für sich, vorgegebene und arbeitsteilig weiter geschaffene Klassenklüfte ließen sich ein Stückweit im Sinne einer Bildungspolitik als Teil ausgedehnter Sozialpolitik überbrücken. Ungleich schattiger verhielt es sich mit Struktur, Funktionen und Repräsentanten der etablierten Institutionen. Unbeschadet nicht tolerierbarer Ungezogenheiten und phantasielos inhumaner Splitter der ‚Bewegung‘ belegte der Umgang der etablierten Herren, an erster Stelle der Professoren, wie wenig die BRD noch über ihren Schatten einer antikommunistisch gewandten, das Grundgesetz verkürzenden ‚freiheitlich demokratischen Grundordnung‘ im repräsentativ-demokratisch-autoritären Gemisch zu springen vermochte. Das Versagen der Hochschullehrer an allen wichtigen Wegescheiden deutscher Geschichte erst erklärt, dass den Studierenden jene ‚Gegenmasse‘ fehlte, die einer wenigstens liberalen Reform eine Chance gegeben hätte.

3. Die Art und Weise wie das, was als Bologna-Prozess bezeichnet wird, von denjenigen willig unwillig akzeptiert und umgesetzt wird, die an den Hochschulen lehren – das ist die heutige Bildungs- und Wissenschaftskatastro-

phe. Sie ist strukturell, funktional und habituell geworden. Das definitive Ende all dessen, was die Aufklärung einst versprochen hat. Als sie wenigstens noch ‚Dialektik‘ war.

4. In Sachen Studentenbewegung 1967 und dem folgenden Jahr mit manchem Nachbeben ist aktuelle Erinnerung nicht mehr möglich. Dafür haben ‚die 68er‘, die Karriere gemacht haben, zu wenig übrig gelassen (umso abgeschmackter viele der Nachrufe, denen eine geradezu radikale Indolenz und Gleichgültigkeit in Sachen universitärer Wissenschaft und Bildung eignet). Wohl aber käme es darauf an, auch in der Erinnerung an dieses Einst und seine Lichtflecken, neu, bewusster und standfester als je, das heißt auch widerständiger daran festzuhalten, dass sich Bildung (und Wissenschaft, also vor allem Forschung) an der Person und am Personwerden aller Menschen orientieren müsse; an ihren Chancen, selbstbewusst und urteilsfähig zu werden. Urteilen können verlangt die tägliche ‚Gymnastik der Einbildungskraft‘ (Simone Weil, die große Pädagogin). Sie benötigt die Kunst des Zusammensehens. Das ist es, was *con-scientia*, was Gewissen heißt, keine Grundelei in öffentlichkeitslosen Tiefen irgendwie tümpelnder Gesinnung. Sonst behält Konrad Paul Liessmann mit seiner Feststellung recht: „Das, was sich im Wissen der Wissensgesellschaft realisiert, ist die selbstbewusst gewordene Bildungslosigkeit.“ (Liesmann 2006: 73). Menschen und ihre Gesellungen werden entsprechend auf das reduziert, was sie ‚innovativ‘ flexibel und mobil im Konkurrenzgetümmel versachlichter, ökonomisch-technologischer orientierter Macht- und Herrschaftsblöcke beizutragen vermögen.

5. Wie Max Weber 1917 seinen anders gewandten, gegen seinerzeitige Gefahren gerichteten Vortrag ‚Wissenschaft als Beruf‘ schließe ich mit dem edomitischen Wächterlied aus der Exilszeit (aufgenommen in die Jesaja-Orakel): „Es kommt ein Ruf aus Seir in Edom: Wächter wie lang noch die Nacht? Der Wächter spricht:

Es kommt der Morgen, aber noch ist es Nacht. Wenn ihr fragen wollt, kommt ein ander Mal wieder“ (Weber 1992: 111). Webers Nachinterpretation lasse ich beiseite. Eine eigene Interpretation versage ich mir. Der Hinweis darauf mag genügen, dass es um der Menschenbildung Willen darauf ankomme, die Kunst widerständigen Durchhaltens zu üben. Hiermit ist die selbsterkennende und selbstbestimmende Pflicht verbunden: den ‚Forderungen des Tages‘ zu genügen.

Wolf Dieter Narr ist emeritierter Professor für Politikwissenschaft an der FU Berlin und Mitbegründer des Komitees für Grundrechte und Demokratie. Kontakt: narrwd@zedat.fu-berlin.de

Literatur

Adorno, Theodor W. 1966: Negative Dialektik. Frankfurt/M: Suhrkamp.

Agnoli, Johannes/Peter Brückner 1967: Die Transformation der Demokratie. Berlin: Voltaire.

Agnoli, Johannes 1998: Die Schnelligkeit des realen Prozesses. Vorläufige Skizze eines Versuchs über Adornos historisches Ende. In: Ders.: 1968 und die Folgen. Freiburg i. Br.: Caïra, 51-60.

Agnoli, Johannes 2004: Die Transformation der Demokratie und verwandte Schriften. Hamburg: Konkret Literatur.

Bauman, Zygmunt 2002: Moderne und Ambivalenz. Hamburg: Hamburger Edition.

Dokumentation FU Berlin Nr. 12/73, 13/73, 14/73, 15/73, 16/73, 19/73 (Dokumentation universitärer Ereignisse von 1948 bis 1969, erschienen an der FU Berlin, hrsg. Präsidialamt).

Frei, Norbert 1996: Vergangenheitspolitik. München: Beck.

Heinrich, Klaus 1967: Erinnerungen an das Problem einer freien Universität. in: Das Argument, Jg. 9, Heft 2/3, 92-102.

Husserl, Edmund 1982: Die Krisis der europäischen Wissenschaften und die transzendente Phänomenologie. Hamburg: Meiner.

Kant, Immanuel 1964: Der Streit der Fakultäten. In: Ders.: Schriften zur Anthropologie, Geschichtsphilosophie, Politik und Pädagogik. Werke in sechs Bänden, hrsg. von Wilhelm Weischedel, Bd. VI. Wiesbaden: Insel Verlag, 267-393.

Kaufmann, Doris (Hg.) 2000: Geschichte der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft. Bestandsaufnahme und Perspektiven der Forschung, 2 Bde., Göttingen: Wallstein.

Liessmann, Konrad Paul 2006: Theorie der Unbildung. Die Irrtümer der Wissensgesellschaft. Wien: Zsolnay.

Narr, Wolf-Dieter 2008: Der CDU-Staat (1949-1966). In: Roth, Roland/Rucht, Dieter (Hg.): Die sozialen Bewegungen in Deutschland seit 1945. Frankfurt/M, New York: Campus, 39-50.

Negt, Oskar 1968: Über die Idee einer kritischen und antiautoritären Universität. In: Baier, Horst (Hg.): Studenten in Opposition. Beiträge zur Soziologie der deutschen Hochschule. Bielefeld: Bertelsmann, 25-46.

Negt, Oskar 1995: Achtundsechzig. Politische Intellektuelle und die Macht. Göttingen: Steidl.

Nitsch, Wolfgang/Gerhardt, Uta/Offe, Claus/Preuß, Ulrich K. 1965: Hochschule und Demokratie. Kritische Beiträge zur Erbschaft und Reform der deutschen Universität. Neuwied am Rhein: Luchterhand.

Picht, Georg 1963: Die deutsche Bildungskatastrophe. München: dtv.

Schelsky, Helmut 1963: Einsamkeit und Freiheit. Idee und Gestalt der deutschen Universität und ihrer Reformen. Reinbek bei Hamburg: Rowohlt.

Wallich, Henry C. 1952: Triebkräfte des deutschen Wiederaufstiegs. Frankfurt/M.: Knapp.

Weber, Max 1992: Wissenschaft als Beruf. In: Max Weber Gesamtausgabe I, 17., hrsg. von Wolfgang J. Mommsen und Wolfgang Schluchter. Tübingen: Mohr, 49-111.